

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VIII / 2001

Friedenspolitik und Friedensforschung

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2000
- MUSICA PRO PACE 2000
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG
Anlässlich der Gründung der
Deutschen Stiftung Friedensforschung
in Osnabrück

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Egon Bahr und Theo Sommer im Friedenssaal des Rathauses

Egon Bahr, Königswinter

Zwischen Protektorat und Selbstbestimmung. Europa im Spannungsfeld zwischen den USA und Russland

Statement und Podiumsgespräch mit
Theo Sommer, DIE ZEIT, Hamburg
am 6. Juli 2000 in der Aula der Universität

Egon Bahr: In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob die industrialisierte Welt in eine neue Phase gefährlicher Spannungen gerät. Diese Möglichkeit geht von der einzigen globalen Macht aus, die ihre Stärke gegenüber den schwächeren Faktoren Europa, Russland und China systematisch zu einer verfestigten Überlegenheit ausbaut. Das Ziel *second-to-none* aus der Zeit der bipolaren Welt kann nun verwirklicht werden, soweit das politisch wie militärisch planbar ist. Das erfordert politisch ein *System der freien Hand*, militärisch eine ungefährdete Übermacht, garantiert durch immer weiter entwickelte Spitzentechnik. Die Grundhaltung der USA ist natürlich, unangefochten einzige Supermacht bleiben zu wollen. Ihre ungebrochene Energie, sich nicht auf den Lorbeeren bisheriger Erfolge auszuruhen, ist bewundernswert.

I. Die Säulen der Supermacht — An der *Politik der freien Hand* ist verständlich, dass die Macht mit globaler Verantwortung sich nicht in jedem Fall abhängig machen darf und will von der Zustimmung kleinerer Staaten, etwa in den Vereinten Nationen. Die Politik der freien Hand will sich nur binden lassen, wo es ihren Interessen entspricht. Die alte Erfahrung mit dem Veto – Großmächte lassen sich nicht einfach majorisieren – wird nun fortentwickelt durch die schon ausgeübte und theoretisch angedrohte Praxis der USA, sich dem Veto des Sicherheitsrats zu entziehen. Indem man sich dieser Möglichkeit erst gar nicht aussetzt oder nicht ernsthaft ein Mandat im Sicherheitsrat anstrebt, ist man nicht dem gleichen Recht der Anderen unterworfen. Wenn die Anderen diesem Beispiel folgen, wann es ihnen passt, wird die Welt ungemütlich werden. Die amerikanischen Erklärungen nach dem Jugoslawienkrieg kündeten den Anspruch an, in Ausnahmefällen wieder ähnlich zu handeln. Was ein Ausnahmefall ist, wird selbstverständlich Amerika bestimmen. Washington kann sich nicht vorstellen, dass amerikanische Staatsbürger vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden.

Die Ratifizierung des Teststopp-Abkommens wird von den USA abgelehnt, von Indien verlangt. Die Verbannung von Landminen macht Amerika nicht mit. Die Beispiele ließen und werden sich fortsetzen. Ob Amerika sich noch einmal einem Gewaltverzicht anschließen würde, kann bezweifelt werden; ob es sich zuverlässig an dem für Europa gültigen halten würde, erscheint fraglich. »Wozu hat man die beste Armee der Welt, wenn man sie nicht benutzen darf«, erklärte *Madeleine Albright*.

Die Politik der freien Hand lässt die Konturen einer amerikanisch bestimmten Weltordnung entstehen, deren unipolare Sicht gewähren lässt, was der Unipolarität nicht schadet. Sie entscheidet, wo die *leichte Hand* angebracht ist, wobei Großzügigkeit möglich ist, zumal die *schwere* und *harte Hand* kein Staat vergessen kann. Das alles geschieht, getragen von den erprobten eigenen Werten, in der gefestigten Überzeugung, dass für die Welt nicht schlecht sein kann, was für Amerika gut ist. Der Glaube an die eigene positive Mission ist ungebrochen, war durch Vietnam nur zeitweilig angekränkt. Amerika ist in der glücklichen Lage, das einzige Volk zu sein, das ungebrochen durch die Geschichte des letzten Jahrhunderts gegangen ist und seine einzigartige Position auf dem Globus erreicht hat, während die anderen – China, Japan, Indien, der Nahe und Mittlere Osten und Europa und seine Völker sowieso – Brüche ihrer Geschichte, zum Teil mehrfach, erleben und erleiden mussten und nach ihrer Identität suchen. Amerika hat sie.

Nun zum militärischen Sektor, der erst die Politik der freien Hand gestattet. Vor 15 Jahren hat Amerika begonnen, das Bild des »warrior 2000« zu entwickeln. Die Erfolge sind beträchtlich und nicht beendet. Sie zeigen Soldaten, die in kleinen Gruppen operieren können, was für das Denken des *Pentagon* eine Revolution darstellt, nachtkampffähig, mit weittragenden, auch elektronischen Waffen ausgestattet, kommandiert von Gefechtsständen, die das Gelände dreidimensional beobachten und fast gleichzeitig entsprechende Befehle übermitteln können, dazu schnell weltweit verlegbar. An chemischen und biologischen Waffen wird gearbeitet, die den Gegner für Tage oder Stunden lähmen, jedenfalls außer Gefecht setzen.

Auch auf diesem Gebiet schaffen Modernisierung und Elektronik mit entsprechenden Investitionen Arbeitslose, in diesem Fall Soldaten. Der Umfang der Armee kann verkleinert werden bei unerhört gestiegener Kampfkraft. Zwei Maschinengewehre wurden vor hundert Jahren einem Regiment Kavallerie so überlegen, dass Kavallerieangriffe, die es noch 1870 verlustreich gab, 45 Jahre später nicht mehr stattfanden. Vergleichbar den schwerbewaffneten römischen Legionären, die ihre leichtbewaffneten Hilfsvölker begrüßten, benutzten und das Entscheidende selbst vollbrachten, muss die amerikanische Armee auf den Rest der Welt blicken, die Europäer eingeschlossen. Klugheit und Takt gebieten, das nicht auszusprechen. Die Erfahrung liegt inzwischen vor, dass andere Armeen zu verbundener Gefechtsführung und gleichwertig

mit amerikanischen Streitkräften nur bedingt einsatzfähig geworden sind. Der Abstand zu Amerika wächst auf konventionellem Sektor mit jedem Monat.

Auf dem *nicht-konventionellen Sektor* erst recht. Der entscheidende Hebel, um strategische Überlegenheit zu sichern, heißt ›Unangreifbarkeit‹, die selbst schlagfähig bleibt. Als die Sowjetunion Ende der fünfziger Jahre schwere Interkontinentalraketen in Dienst stellte, verlor Amerika zum ersten Mal in seiner modernen Geschichte die dank seiner geographischen Lage praktische Unverwundbarkeit. Es reagierte, indem es die Strategie der massiven Vergeltung durch die der flexiblen Antwort ersetzte. Es behielt sich damit die Entscheidungsfreiheit vor, nicht in jedem Falle eines vielleicht begrenzten Angriffs auf NATO-Gebiet stufenlos mit dem großen Atomkrieg drohen, nicht für Hamburg oder Berlin New York riskieren zu müssen. Aber es wurmte, schutzlos der Rationalität in Moskau vertrauen zu müssen, abgesichert durch Verträge zur Begrenzung der strategischen Waffen, die auch einer unbegrenzten amerikanischen strategischen Rüstung ein kontrollierbares Limit setzte.

Die Reduktion der Atom-Arsenale wurde 1972 mit dem ABM-Vertrag verbunden, der jeder der beiden Supermächte ein einziges System der Raketenabwehr gestattete. Damit wurde eine Stabilität durch beiderseitige Verwundbarkeit etabliert, in deren Schutz weitere Reduktionen (SALT II + III) vorgenommen werden sollten.

Die Zweitschlagsfähigkeit der beiden Kontrahenten blieb – übrigens bis heute. Sie hatte den Atomkrieg ungewinnbar gemacht und löschte jede vernünftige Hoffnung auf Sieg aus. Nicht gewinnen zu können und das vertraglich zugeben zu müssen, verträgt sich schlecht mit amerikanischer Mentalität.

II. Der Traum der Unverwundbarkeit – Die Antwort hieß *SDI*. Kühner als *Kennedys* Auftrag, in 10 Jahren einen Menschen auf den Mond zu bringen, entschied *Reagan* 1983, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um durch Laser- und Strahlenwaffen im Weltraum angreifende Nuklearwaffen »impotent und obsolet« zu machen. Das eilte den technischen Möglichkeiten voraus. Schon damals hatte man kaum Zweifel gelassen, dass die Bindungen des ABM-Vertrages nur so lange eingehalten werden würden, bis es technisch möglich würde, sich auf eigene Verteidigungsfähigkeiten stützen zu können.

Das könnte jetzt der Fall sein. Das System wird *BMD* (*Ballistic Missile Defense*) genannt. Klarer müsste es ›*SDI-light*‹ heißen, ähnlich der *light*-Ausgaben mancher Zigaretten, die ihre Verwandtschaft zur Ursprungsmarke nicht verleugnen. Die beiden Varianten, an denen gleichzeitig gearbeitet wird, *NMD* und *TMD*, also nationale und taktische Raketenabwehr, sind hier unerheblich; wir würden in unserem Sprachgebrauch von strategischen und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis 3.500 km reden.

Amerika hat seit 1983 für diese Programme 55 Milliarden Dollar ausgegeben. Für die nächsten fünf Jahre werden für den Bau der in der Entwicklung

befindlichen Systeme mindestens 30 Milliarden Dollar veranschlagt. 1991 wurde ein *Missile Defense Act* beschlossen, 1993 wurde er modifiziert mit dem Auftrag an die Administration, »die Möglichkeiten offen zu halten, ein ABM-System zu stationieren, das eine hoch effektive Verteidigung der Vereinigten Staaten gegenüber begrenzten Angriffen mit ballistischen Raketen ergibt, sowie eine hoch effektive Feldverteidigung gegen Raketen für vorwärts stationierte und Expeditionseinheiten der US-Streitkräfte und, soweit es sich anbietet, mit Freunden und Verbündeten zu schaffen«. Diese Formulierung berücksichtigt, dass es die Sowjetunion inzwischen nicht mehr gibt und Russland als Partner bezeichnet wird, von dem eigentlich keine Angriffe zu erwarten sind.

Russland ist gar nicht gemeint, beteuern denn auch die amerikanischen Außen- und Verteidigungsminister, sondern sogenannte *rogues states*, ›Schurkenstaaten‹, zu denen Nord-Korea, der Irak, der Iran und Libyen erklärt werden. Diese Staaten könnten in 15 Jahren nach den Erkenntnissen der amerikanischen Geheimdienste die technischen Fähigkeiten zu einer Rakete mit strategischer Reichweite, bestückt mit einem atomaren oder chemischen oder biologischen Sprengkopf, entwickeln. Eine von der Administration eingesetzte Kommission hat die Schätzung auf fünf Jahre verringert; die amtlichen Geheimdienste haben im September letzten Jahres ihre Einschätzung bekräftigt, also die zeitlich längere; sie stimmt mit denen der russischen Dienste überein. Präsident *Clinton* hat seit 1996 zunächst die Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen stärker gefördert, als *Reagan* und *Bush sen.* es taten. Inzwischen ist die strategische Verteidigung des eigenen Kontinents wieder klarer Schwerpunkt geworden, nicht zuletzt unter dem Druck der republikanischen Mehrheit. Die bisherigen Tests sind nicht besonders erfolgreich gewesen, was verständlich ist eingedenk der vergleichbaren Schwierigkeit, eine Gewehr- mit einer Granate zu treffen. Aber nach einem Testerfolg im letzten Oktober soll der amerikanische Präsident, falls ein anstehender Test positiv verläuft, im Sommer die Entscheidung für den Bau und die Stationierung treffen. Clinton würde dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten hervorragende Wahlkampfmunition liefern, würde er zögern oder die Entscheidung seinem Nachfolger überlassen.

Nach dem kontinuierlichen Vorlauf von 17 Jahren, der investierten technischen Intelligenz, nach den ausgegebenen und eingesetzten Summen, den grundsätzlich ähnlichen Beschlüssen im Kongress über nun vier Administrationen hinweg, fast als ob es ein Ende der Sowjetunion nicht gegeben hätte, ist kaum Zweifel erlaubt: Wenn der erwartete Test positiv ist, wird Amerika das Raketenabwehr-Programm beschließen und machen. Ob *Putins* Nachweis, in der *Duma* eine Mehrheit zu haben (also die späte SALT II-Ratifizierung und die Annahme des Teststopp-Abkommens), die Lage noch ändern kann, muss bezweifelt werden.

Als US-Verteidigungsminister *Cohen* Anfang Februar 2000 auf der Wehrkundetagung in München ziemlich unverhüllt und brutal die Entschlossenheit der USA verkündete, gleich was die Verbündeten und andere dazu sagen, war ich etwas erschrocken und hatte auf einen noch korrigierbaren verbalen Ausrutscher gehofft. Nachdem ich mich mit der Vorgeschichte näher beschäftigt habe, halte ich das für eine Illusion. Europa wird Amerika nicht davon abhalten, seinem Traum zu folgen, endlich wieder unverwundbar zu werden.

Die amerikanischen Geheimdienste haben in ihrer letzten Einschätzung, mit der sie dem Gutachten der von der Administration bestellten Kommission widersprachen, auf die simple Logik verwiesen, dass eine ernsthafte und tödliche Bedrohung von den existierenden russischen und nicht von Waffen ausgehen, die es noch gar nicht gibt. Kühl und bestimmt hat Russland mit der Ankündigung reagiert, dass die amerikanische Entscheidung alle Abkommen, SALT I, II und III, hinfällig machen würde, natürlich auch den ABM-Vertrag, weil ein neues Raketenabwehrsystem mit zunächst 100 Waffen relativ einfach vergrößert werden kann. Dem kann in der Sache nicht widersprochen werden. Putin sieht das auch so. Das ratifizierte SALT II ist ein taktischer Vorteil, kein strategischer Hebel gegen Amerikas Traum, der Teststopp wohl auch nicht. Ein neues Wettrüsten würde einsetzen, weil Russland mit der relativ billigen Vermehrung seiner Raketen und Sprengköpfe, noch nicht einmal mit teurer Weltraumrüstung antworten müsste.

Die Gefahr einer neuen Rüstungsspirale sehen auch die Europäer. England und Frankreich können nicht begeistert von einer Perspektive sein, die das Gewicht ihrer Atomwaffen verringert. Das Problem der unterschiedlichen Sicherheitsstandards zwischen Amerika und Europa, das schon bei der Diskussion über SDI eine Rolle gespielt hat, ist weniger ernst zu nehmen, weil Amerika aus eigenem Interesse Europa nicht schutzlos lassen kann und – wie *Cohen* in einem in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5. Februar 2000 abgedruckten Interview ehrlich bekannte – »wohl nie aus Europa abziehen werden will«.

Der Hebel, über den China verfügt, um eine neue Rüstungsspirale zu verhindern, ist jedenfalls stärker als das europäische Grummeln. Es will über das seit langem vorgesehene Produktionsverbot für waffenfähiges Spaltmaterial nur reden, wenn weitere atomare Abrüstung und Rüstungskontrolle im Weltraum verhandelt werden. China fühlt sich durch die amerikanischen Weltraumraketenpläne ebenso betroffen wie Russland, zumal wenn der substrate Teil zur Abdeckung Taiwans benutzt würde, und kündigt schon an, dann die eigenen Arsenale zu erhöhen und das Teststopp-Abkommen nicht zu unterzeichnen.

Die Haltung Chinas und Russlands bedeutet: Wir lassen uns nicht binden, wenn Amerika sich nicht binden lässt. Im Grunde ist das eine Kraftprobe

zwischen dem multipolaren und dem unipolaren Denken. Eine europäische Haltung dazu lässt sich ahnen, aber nicht bestimmen.

Die amerikanische Haltung hat *Thomas L. Friedman*, ein Berater Clintons, in einem Leitartikel der *New York Times* vom 28. März 1999 unter dem Titel *Was die Welt jetzt braucht* auf den Punkt gebracht:

»Damit der Globalismus funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist [...] Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne den F-15-Konstrukteur *McDonell Douglas* funktionieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für *McDonell Douglas*-Niederlassungen und *Silicon-Valley*-Technologie sicher ist, heißt US-Heer, -Luftwaffe und Marine«.

Konsequenzen einer Politik der freien Hand, verbunden mit einer Überschätzung des militärischen Machtelements, waren auf der Wehrkundetagung zu erleben, als unter der Überschrift »Lehren aus dem Kosovo-Konflikt« eine militärische Manöverkritik sehr professionell vorgenommen und überlegt wurde, welche Folgerungen für »die Kriege von morgen« zu ziehen sind und wie man sich »auf die neuen Schlachtfelder« vorbereiten soll. Für die politische Seite – wie für die Frage, ob der Krieg vermeidbar gewesen wäre, für Fragen der Prävention, die diplomatische Methode zur Beendigung des Krieges oder die Gewinnung von Stabilität und Frieden – war da kein Raum mehr.

Bei Fortsetzung dieser Tendenz stehen wir nicht nur vor einer neuen Rüstungsspirale mit weltweiten Auswirkungen, sondern vor neuen Spannungen, die Ostasien, sogar Japan einbeziehen wie Indien, das sein Atompotential mit dem Blick auf China definiert (was Pakistan nicht unbedingt beruhigt), ferner auch vor neuen Spannungen mit Russland und Auswirkungen auf Europa. Eine derartige, nicht ungefährliche Perspektive hängt davon ab, ob in Amerika die gegenwärtige Tendenz anhält. Das wird erst unter dem neuen Präsidenten entschieden werden.

Die Welt – vielleicht mit der Ausnahme des Demokraten Kennedy – hat mit republikanischen Präsidenten keine schlechten Erfahrungen gemacht. Sie sind ideologiefreier und werden weniger leicht zu Gefangenen ihrer humanitären Wunschvorstellungen als ihre demokratischen Kollegen. *Bush sen.* und *Bakers* Realpolitik gegenüber Russland ist von einer Wunschpolitik Clintons abgelöst worden, die glaubte, mit Krediten könne Russland zu einer Demokratie unserer Vorstellung entwickelt werden. Das Geld erhöht Abhängigkeit, was man Moskau auch spüren lassen kann, und die Wohltat der Demokratie und die Erfolge von Methoden, die sich in Amerika bewährt haben, würde es dann schon selbst feststellen. Diese Vorstellungen, Russland nach eigenem Ebenbild »zivilisieren« zu können, sind gescheitert. Sie haben die Klugheit

missachtet, mit der Präsident *Bush sen.* formuliert hatte, dass Russland seinen Weg in Beachtung seiner Traditionen suchen und finden muss.

Vereinfachend und vergrößernd wird eine beunruhigende Tendenz erkennbar: Aus der unipolaren Sicht, für Washington quasi natürlich, ergänzen sich die Elemente einer modernen, vom Gewinnstreben angetriebenen Wirtschaft mit der militärischen Dominanz, die sie sichert. Und an die Stelle des verlorenen realen Gegners Sowjetunion werden ›Schurkenstaaten‹ und neue Gefahren gesetzt, gegen die es zu kämpfen gilt, nicht zuletzt im Interesse der Menschenrechte. Der ideologische Teil des alten Machtkampfs zwischen West und Ost, zwischen ›Gut und Böse‹, zwischen Demokratie und Diktatur wird durch die Ideologie des neuen Machtkampfs abgelöst, die Welt demokratisch zu machen und das Ideal der Menschenrechte global durchzusetzen.

Gerade weil es noch eine ganze Weile dauern wird, ehe dieses Ziel erreicht ist, eignet es sich langfristig zur Unterscheidung zwischen Freund und Gegner, zwischen Verbündeten und ›Schurken‹. Dann gibt es noch unsichere Kantonnisten wie etwa Russland oder solche, die sich wenigstens auf den rechten Weg des Marktes begeben haben wie China. Um sie zu qualifizieren, eignen sich die Menschenrechte als vorzügliches Instrument.

Die europäische, auch deutsche Anfälligkeit, der amerikanischen Mode zu folgen und nach Gusto zu übertreiben, macht die Sache auch nicht besser. Und weil es nirgends auf der Welt einen solchen dominanten Meinungsmacher wie CNN gibt, bestimmt das Monopol, wo Verletzung der Menschenrechte gesehen oder übersehen, benutzt oder vernachlässigt wird, wo schließlich nur gedroht oder interveniert wird, um sie zu schützen oder herzustellen. Die Menschenrechte werden zu einem ideologischen Instrument degradiert; vor der Entartung zum Fundamentalismus bewahren sie die Interessen, also die realistische Abschätzung der eigenen Risiken für Prinzipientreue und die Kosten dafür.

III. Die angeblichen neuen Gefahren — Sie entwickeln sich zu einer Doktrin der Täuschung oder Selbsttäuschung. Abgesehen von dem Ersatz der Sowjetunion durch ›Schurkenstaaten‹ handelt es sich bei den neuen Gefahren um alte Bekannte. Drogenkartelle mit krebserregender Kriminalität, Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, Unkontrollierbarkeit von chemischen und biologischen Waffen haben mindestens vier Eigenschaften gemeinsam: (1) Sie begleiten uns seit mehr als zehn Jahren, (2) sind sie grenzüberschreitend, (3) sind sie nicht durch den Einsatz militärischer Mittel zu beseitigen, und (4) sind sie von Kontinent zu Kontinent unterschiedlich, von Land zu Land in ihren Ausprägungen so flexibel, fast könnte man sagen individuell angepasst, dass es schlechterdings keine umfassende Strategie gegen sie gibt. Das gilt auch für die einzig neue Gefahr von *Internet-Angriffen*. Und für die gewachsene, dass manche Länder sich fragen, ob Jugoslawien angegriffen

worden wäre, wenn es über Atomwaffen verfügt hätte. Gegen alle neuen Bedrohungen helfen keine alten Explosionswaffen. Und was könnten Raketen helfen, wenn Schurken ihr Teufelszeug per Frachter in amerikanische Häfen bringen?

Was da Erfolg verspricht, ist die immer wachsende Zusammenarbeit von Regierungen zu einem globalen Netz der Sicherheit gegen die Wucherungen der neuerdings als neue Gefahren bezeichneten Entwicklungen. Diese Zusammenarbeit muss möglichst alle Staaten einbeziehen, Demokratien und Diktaturen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Definitionen von Menschenrechten, ihrer unterschiedlichen Gesellschafts- oder Wirtschaftsstrukturen. Auf dieser Ebene der globalen Sicherheit sind alle Staaten gut, die sich den globalen Regeln fügen.

Wer den Eindruck erweckt, er könnte mit Raketen oder Raketenabwehr gewinnen oder mit Hilfe der NATO, gibt sich bestenfalls einer Selbsttäuschung hin. Sie ist das späte Kind des alten Freund-Feind-Denkens, einer Mentalität, der es widerstrebt, sich als *primus inter pares* zu sehen. Die Politik der freien Hand, gestützt auf militärische Macht, will die Chancen der Globalität nutzen, aber nicht unbedingt Regeln gegen die Gefahren der Globalität beachten. Nach der Logik kann nicht ein »guter« Staat genannt werden, der sich den Regeln der globalen Sicherheit entzieht. Im Grunde ist die amerikanische Tendenz potentiell konfrontativ, also schwer vereinbar mit dem Sinn echter Partnerschaft und schwer kompatibel mit der Idee der Gemeinsamen Sicherheit.

In dem Spannungsfeld, das hier interessiert, sieht sich Amerika zwei Faktoren gegenüber: Russland, atomar Achtung gebietend und wirtschaftlich schwach, und Europa, militärisch schwach und wirtschaftlich Achtung gebietend.

IV. Hat Russland die Talsohle erreicht? — Russland will innerlich gesunden, erstarren und wieder eine respektierte Macht in der Welt werden. Über den Weg, den der neue Präsident einschlagen will, gibt die neue Sicherheitsdoktrin Auskunft. Wir wissen, dass Putin dabei schon als Sekretär mitgearbeitet, als Ministerpräsident mitformuliert und als Präsident den letzten Schliff gegeben hat. Sie legt den Schwerpunkt auf die Innenpolitik, genauer auf wirtschaftliche Erholung, Stabilität und eine »Diktatur der Gesetze«. Letzteres könnte man als das Ziel eines Rechtsstaats beschreiben, was den Kampf gegen Korruption einschließt, obwohl »Diktatur« den Beigeschmack des Zwangs enthält. Sofern Diktatur der Gesetze als unbedingte Autorität der Gesetze verstanden wird, erscheint ein autoritärer Staat als Ordnungsmacht. Für Russland ist ein autoritärer Staat keine Drohung, sondern eine Hoffnung. Ob er richtig im Sinne russischer Möglichkeiten, unausweichlich im Sinne russischer Traditionen ist, eine logische Antwort auf missglückte radikale Konver-

sionsversuche zu Demokratie und Marktwirtschaft westlicher Modelle darstellt, kann dahingestellt bleiben. Entscheidend ist, dass Russland sich dafür entschieden hat. Ordnung mit Rechtssicherheit herzustellen, liegt im Interesse des Landes wie im Interesse Europas. Das eröffnet die Chance, dass die Kinder und Enkel Putins Demokraten werden, demokratische mit traditionellen Werten verbinden und als eigenen Besitz, identitätsstiftend, empfinden.

Der Hauptunterschied zu der 1997 beschlossenen Sicherheitsdoktrin besteht auf dem Sektor der Verteidigung. Das Budget soll verdoppelt, das atomare Schwert geschärft, die Armee verkleinert und modernisiert werden. Das entspricht dem Interesse, strategisch ernstgenommener Gesprächspartner Amerikas zu bleiben, ist konventionell defensiv ausgerichtet, weil es großräumig-bedrohliche Offensivmöglichkeiten ausschließt. Die neue Doktrin reklamiert wieder das unter Jelzin abgeschaffte Recht auf atomaren Ersteinsatz. Das ist zu verstehen, nachdem die NATO inzwischen konventionell eine Überlegenheit von mehr als drei zu eins gegenüber Russland erreicht, Verstärkung durch neue Mitglieder nicht ausschließt und im Dezember letzten Jahres das Recht auf atomaren Ersteinsatz ausdrücklich bekräftigt hat. Es lebe die Partnerschaft der NATO-Russland-Akte! Wenn beide Seiten auf den Ersteinsatz gegeneinander verzichten würden, könnten sie Partnerschaft ohne Bedrohung erreichen.

Weder der innenpolitische Schwerpunkt noch die neue militärpolitische Ausrichtung kann bisher als Isolationismus verstanden werden. Vielmehr bleibt das Land auf Zusammenarbeit orientiert in multipolarer Weltsicht, in der atomaren Bipolarität zu Amerika, in strategischer Partnerschaft zu China und insbesondere zu Europa, soweit dieses Europa die Stabilisierungsinteressen im Süden anerkennt und vielleicht sogar, anders als Amerika, unterstützt. Es ist möglich, dass Russland mit Putin die Talsohle von Einfluss und Gewicht, zu der es unter Jelzin gesunken ist, verlassen kann.

V. Europa: militärisches Protektorat — Bei Betrachtung Europas zu Beginn des neuen Jahrhunderts fällt mir die Frage des sowjetischen Außenministers Gromyko ein, die er mir Anfang Februar 1970 nach einem Essen in der Residenz des deutschen Botschafters gestellt hat: »Wann ist mit der politischen Union Europas zu rechnen?« Er fragte nicht, wann sie zu befürchten ist, aber so war es wohl gemeint. Meine ehrliche Antwort: »Wiedervorlage in zwanzig Jahren« mag ihn beruhigt haben oder nicht, sie löste jedenfalls in Bonn bei meinem Bericht den Tadel des Bundeskanzlers aus: »Du bist ein Defätist«. Inzwischen sind dreißig Jahre vergangen, und ich hoffe, dass Europa in zehn Jahren eine politisch handlungsfähige Union sein wird. Amerika hat sich von den entschlossenen Bekundungen während der letzten dreißig Jahre nicht beeindrucken lassen, dass Europa nun endlich mit einer Stimme sprechen will, und wird auch heute nicht wirklich beunruhigt sein, wenn es

die Diskussion über den Reformbedarf der EU verfolgt, die Probleme der Vertiefung und Ausweitung. Dass *Kissinger* die »Telefonnummer Europas« nicht kannte, wird auch der Nachfolger Clintons nicht als schmerzliche Wissenslücke empfinden.

Aber nun soll es bekanntlich endlich ernst werden. Der Jugoslawien-Krieg hat wie jeder Krieg die realen Machtverhältnisse offengelegt. Alle haben gesehen, dass es keine Beleidigung, sondern Beschreibung der Realität darstellt, wenn Amerika sicherheitspolitisch Europa als Protektorat sieht. Die Dominanz der USA bei Führung und Einsatz im Krieg gegen Belgrad von der Zielauswahl über die neueste Technik bis zur Propaganda konnte kaum verhüllt werden, indem die NATO zum Instrument gemacht und ihr gestattet wurde, tägliche Ergebnisse zu verkünden. Nun soll in 3 Jahren ein europäisches Korps bereit stehen, das in Stärke von 60 000 Soldaten innerhalb von sechzig Tagen in ein Krisengebiet verlagert werden und dort mindestens ein Jahr lang seiner Aufgabe nachkommen könne.

Was zu Recht als Riesenaufgabe aus dem Blick der heutigen Situation erscheint, zeigt, was Umfang und Zeitbedarf angeht, den Riesenabstand zu Amerika. Wenn diese Truppe in drei Jahren stehen sollte, wird sie weitaus weniger können, als Amerika vor zwanzig Jahren konnte. Es kann deshalb keine Rede davon sein, dass damit »eine gleichgewichtige Rolle für die Festigung europäischer Sicherheit« geschaffen werden könnte, wie Minister *Scharping* zum 30. März 2000 verlautbarte.

Eine »gleichberechtigte Rolle« gegenüber dem amerikanischen Partner ist ein bescheidenes Ziel. Um die postulierte eigene Handlungsfähigkeit zu erreichen, braucht es eigene Kommando- und Führungsstrukturen, die nicht von der Zustimmung Amerikas abhängen, sprich: davon, was die NATO genehmigt. Eine eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stößt auf das schon behandelte Interesse der Supermacht, sich nicht durch Kleinere majorisieren zu lassen, in diesem Falle sich nicht in eine Lage hineinzwängen zu lassen, in der es ungewollte Verantwortung übernehmen müsste, falls die Sache schief läuft. Bisher hat Amerika ein Einspruchsrecht, das man auch Veto nennen könnte.

Das Erwachen europäischer Wünsche nach Gleichberechtigung auf diesem Gebiet begegnet in Washington denn wohl auch weniger dem gespaltenen Gefühl von Eltern, die mit Erleichterung und Sorge die Volljährigkeit des Sprösslings erleben, sondern dem verständlichen handfesten Interesse, für mögliche Abenteuer nicht gerade stehen zu wollen und doch letztlich zu müssen; falls diese Europäer wirklich selbst handlungsfähig werden wollen, ist die sicherheitspolitische »Volljährigkeit« nicht zu verhindern.

Wer selbständig handlungsfähig ist, ist auch verweigerungsfähig. Wenn Europa sich sicherheitspolitisch auf Europa konzentriert, Amerika auf seine globale Verantwortung, dann wird Europa auch weniger disponibel für

globale Interventionswünsche mit dem Instrument der NATO. Dann wäre Amerika weniger behindert, aber gedeckt, weil seine Kraft in Europa weniger gebraucht würde. Hier gibt es ein noch unklares Geflecht sich möglicherweise widersprechender oder ergänzender Interessen auf beiden Seiten des Atlantik.

VI. Zu Europas Möglichkeiten und Absichten – Vielleicht verhilft der Versuch einer Analyse zu größerer Klarheit. Falls Europa sicherheitspolitisch Subjekt werden will, müssen die Grenzen seiner Rolle, seiner Möglichkeiten und Absichten definiert werden.

a) Das beginnt mit der Feststellung, dass Europa nur konventionell souverän werden kann, atomar bleibt es Protektorat. Seine »atomare Sicherheit« wird auch künftig von Vereinbarungen der Atommächte abhängen. Es wäre eine sinnlose Energieverschwendung, eine europäische Nuklearmacht anzustreben. Die Abschreckungswirkung seiner beiden Mitglieder mit Atomwaffen, Frankreich und Großbritannien, reicht, zumal es den Verbündeten USA gibt. Das Interesse Europas ist es, das Gewicht des atomaren Faktors politisch ständig zu verringern, es nicht etwa abschaffen zu wollen, was nicht in seiner Macht steht, sondern es langfristig überflüssig werden zu lassen.

b) Europa erstrebt keine selbständige globale Handlungsfähigkeit. Es wird über das Gebiet seines definierten Interesses hinaus militärisch nur tätig, falls es positiv im Einzelfall einer Aufforderung der UN nachkommt, ggf. auch eingeordnet im Rahmen der NATO, oder falls es einer Bitte der OSZE entspricht, unter Umständen dann auch ohne NATO-Beteiligung.

c) Die europäische Sicherheitsunion ist ein Ordnungsfaktor für Europa. Ihre Mitglieder müssen nicht Mitglieder der NATO oder der EU sein. Sie steht also für Norwegen und die Türkei ebenso offen wie für Schweden, Finnland und Österreich. Wobei ich davon ausgehe, dass die Isolierung Österreichs nicht so weit gehen wird, einen Antrag auf Mitgliedschaft im EURO-Korps oder der NATO abzulehnen. Die europäische Sicherheitsunion ist ein politisches Organ; sein militärisches Instrument heißt »Europa-Armee«.

d) Gerade weil sie nur gemeinsam einsetzbar ist und für nationale Ziele nicht zur Verfügung steht und ihre konventionellen Streitkräfte nicht bedrohlich sind, könnte sie für die schnelle Mitgliedschaft der baltischen Staaten und der Slowakei offen stehen, ohne dass Russland oder andere Nachbarn das als politische Herausforderung betrachten könnten oder Spannungen wegen eines NATO-Beitritts entstünden. Das würde analog auch für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu gelten haben.

e) Der Balkan ist ein europäisches Sondergebiet geworden, das die politische, wirtschaftliche und militärische Kraft Europas wachsend soweit binden wird, dass es weder Lust noch Potenz zu Interventionen nach außen haben wird. Sein Interesse ist, in dieser Region eine vergleichbare Stabilität nach europäischen Kriterien zu erreichen. Das könnte möglich werden, wenn sich

alle Balkan-Staaten verbindlich auf den Gewaltverzicht zur Veränderung bestehender Grenzen verpflichten, bei gleichen Rechten für jede Minderheit auf jeder Seite jeder Grenze, und wenn die Europäische Union diese neue Sicherheitsstruktur garantiert. Das wäre eine verlässliche Vertrauensbasis für private Investitionen und wirtschaftliche Erholung und ein Weg für alle Staaten, Mitglied der europäischen Sicherheitsunion zu werden.

f) Natürlich sind die politischen Interessen nicht auf den eigenen Kontinent begrenzt. Sicherheit und Stabilität Europas werden gestärkt, wenn es im Nahen und Mittleren Osten gelingt, Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Dieses Ziel wird Europa politisch und wirtschaftlich unterstützen und anstreben; militärisch wird es entsprechend seiner begrenzten Fähigkeiten zu akzeptieren haben, wenn Russland eine Politik der freien Hand etwa gegenüber Republiken behält, die früher Teil der Sowjetunion gewesen sind, und dass Amerika eine Politik der freien Hand etwa gegenüber Ländern des Mittleren Ostens behält, solange diese beiden großen Länder nicht in anerkannte Ordnungssysteme eingebunden sind.

Ein europäisches Krisen-Reaktions-Korps stellt unter dem Gesichtspunkt der eigenen Handlungsfähigkeit den Kern einer europäischen Armee dar, die nicht den Ehrgeiz hat, Amerika gleich großräumig global interventionsfähig zu werden, sondern fähig ist, von jedem konventionellen Angriff seiner Nachbarn abzuschrecken. Sie sollte so modern ausgerüstet, schnell verlegbar und einsatzfähig sein, dass sie keinen Vergleich zu den Nachbarn zu scheuen braucht, aber sich nicht messen will an den militärischen Fähigkeiten der USA. Sie wäre ein Schild Europas, aber nicht das Schwert Amerikas. Sie würde so zum Instrument einer europäischen Politik.

Politik und nicht das Instrument entscheidet über die Handlungsfähigkeit Europas. Die Aufgabe, die politische Selbständigkeit herzustellen ist größer und dringlicher als die Struktur einer Armee. Selbst wenn ein europäisches Reaktions-Korps uneingeschränkt mit der amerikanischen Armee kompatibel würde, welchen Sinn würde das haben, solange nicht die Bündelung des politischen Willens und die Entscheidungsfähigkeit Europas gelingt?

Wer sich heute umsieht, kann den Eindruck gewinnen, es würde mehr Energie auf die Sicherheit und weniger auf die Außenpolitik verwendet, obwohl doch in der Buchstabenkombination GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU) das ›A‹ zu Recht vor dem ›S‹ rangiert. *Solana* trägt den Hut des Generalsekretärs der WEU häufiger als den des außenpolitischen Koordinators. Noch immer gibt es nicht einmal die Ansätze einer gemeinsamen Kosovo-Politik der EU. Sie könnte zu dem Modellfall einer Führungsrolle werden, annehmbar für Amerika wie Russland und die anderen dort Beteiligten ohne Prestigeverlust.

Zu den vitalen europäischen Interessen gehört die Errichtung einer gesamteuropäischen Ordnung, die Kriege zwischen Staaten unmöglich macht. Das kann man negativ als Ziel definieren, zu verhindern, dass eine neue Bedrohungsmacht im Osten entsteht. Diese Aufgabe ist nur politisch mit dem Partner Russland, nicht ohne und nicht gegen ihn zu lösen. Dafür kann man sich nicht nur auf die beschlossenen Prinzipien und Instrumente der *NATO-Russland-Akte* stützen und die Vereinbarungen der verbesserten KSE vom letzten Dezember in Istanbul, sondern auf die Idee des Gewaltverzichts, die zur positiven Tradition europäischer Politik geworden ist.

VII. Gewaltverzicht: der europäische Weg — Gewaltverzicht war in der Zeit der Teilung eine deutsche Idee, der Amerika zustimmte, weil sie schließlich nicht schaden konnte, solange sie seinen starken Arm nicht belastete. Als ich kürzlich ein Mitglied des Planungsstabes im *State Department* fragte, ob die USA heute einem Gewaltverzichtsvertrag beitreten würde, erhielt ich kopfschüttelnd-fröhlich die Antwort: »Natürlich nicht! Das käme uns abstrus vor«.

Gewaltverzicht war die vertragliche Umsetzung einer Erkenntnis: Die Stärke des Schwachen ist das Recht, das auch für Stärkere verbindlich ist. Es erscheint als Königsweg, wenn Europa seine Schwäche zu seiner Stärke macht, indem es durch Verträge, durch kontrollierbare Bindungen, durch Zusammenarbeit, durch präventive Diplomatie eine Stabilität schafft, in der das Gewicht des Militärischen geringer wird, indem es von einer Abschreckungsfähigkeit immer mehr zu einer Garantiefähigkeit des Politischen entwickelt wird.

Wenn Gewaltverzicht, wie in der *Charta von Paris* vorgesehen, die Qualität eines Grundgesetzes für Gesamteuropa erhält, wird für die EU möglich, sich auf Vertiefung und Erweiterung, die Pflege seiner Stärke, seiner Wirtschaftskraft im globalen Rahmen zu konzentrieren. Ähnliches gilt für Russland und die ersparten Mittel für seine wirtschaftliche Erholung. Schließlich würde das Netz von NATO-Russland-Akte, EU mit seiner politischen Sicherheitsunion und OSZE mit den KSE-Vereinbarungen bedeuten, dass praktisch jeder Staat in Europa gleiche Sicherheit erhält, ob er Mitglied der NATO ist oder nicht.

Ein potentiell weiterhin konfrontatives Thema, die NATO-Ausweitung, kann durch eine europäische Sicherheits-Union gesamteuropäisch überwunden werden. Gewaltverzicht und gemeinsame Sicherheit galten übrigens seit Helsinki aus guten Gründen für alle Staaten, für demokratisch, weniger demokratisch, autoritäre und diktatorisch verfasste, plan- und marktwirtschaftlich regierte. Das gilt nicht nur im Blick auf Serbien noch immer, wenn Erhaltung des Friedens und Stabilität prioritär sein soll. Gesamteuropäische Stabilität ist ein Stück wachsender europäischer Unabhängigkeit. Auch des-

halb könnten die USA es vorziehen, auf der Dominanz der von ihr dominierten NATO zu beharren und nicht böse zu sein – nachdem keine Gefahr eines Angriffs gegen das Bündnis mehr zu erkennen ist –, wenn das Schutzbedürfnis der Europäer durch Spannungen mit Russland und neue Gefahren wächst.

Hier zeigen sich unterschiedliche Interessen. Sie sind das Ergebnis einer völlig veränderten Lage. Während des Ost-West-Konflikts war Deutschland für Amerika von erstrangiger Bedeutung. Heute ist die Türkei geostrategisch für die USA wichtiger als Deutschland. Vor wenigen Jahren lehnte Verteidigungsminister *Rühe* jeden Bundeswehreinsatz in einem Land ab, in dem einmal die Wehrmacht gewesen ist; heute findet ein deutscher General, der die KFOR-Streitkräfte kommandiert hat, Anerkennung im Kosovo. Damals bot Präsident Bush Bonn »*partnership in leadership*« an; heute denkt niemand an Wiederholung gegenüber Berlin. Und ein politisches Europa, auf das ein solches Angebot übertragen werden könnte, gibt es nicht.

Sogar während ihrer Teilung waren die Deutschen imstande, in einer Phase der Abkühlung und wachsender Spannungen zwischen ihren beiden Führungsmächten die Entspannung erfolgreich zu bewahren. Heute wäre die EU ohne Zweifel fähig, konfrontative Entwicklungen zu Russland zu verhindern.

Nun da Amerika die einzige Supermacht ist, hat *Henry Kissinger* zum Dilemma erklärt, »dass wir das überlegenste Land sind, das je existiert hat: Militärisch, wirtschaftlich und kulturell«. Das ist wahr – auch in dieser Reihenfolge. Überheblichkeit und Arroganz, die daraus auch resultieren, können Europa nicht davon abhalten, seine unterschiedlichen Stärken der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Kultur zu behaupten. Es wäre töricht, ausgerechnet auf militärischem Gebiet ›Amerika-ähnlicher‹ werden zu wollen. Europa ist nicht militärisch durch Amerika bedroht. Zu welchen Zwecken sollte es der überwältigenden Stärke der USA ein wachsendes Eigenpotential bloß hinzufügen? Der amerikanische Rat an Europa war auf der Wehrkundetagung: Man sollte auf beiden Seiten des Atlantik militärisch gleichzeitig auf gleichem Niveau ankommen, um Kriege künftig gemeinsam austragen zu können. Das Interesse Europas wäre es, sein politisches Gewicht so zu entwickeln, dass ›Schurkenstaaten‹ nicht schurkisch handeln, dass es politisch unnötig wird, sich Massenvernichtungswaffen zu besorgen, um nicht Spielball zu werden. Während Amerika eine militärische Kulisse aufbaut, sollte Europa eine politische Kulisse entwickeln, damit die militärische nicht benutzt werden muss. Die Selbstbestimmung Europas schrumpft, wenn die Spannungen wachsen, verringert sich bei Konfrontation und verschwindet mit dem Ausbruch offener Gewaltanwendung. Krieg ist der Feind Europas.

VII. Europäische Selbstbestimmung — Die Unterschiedlichkeit der Interessen muss zu Spannungen führen. Wer sie scheut, kann Selbstbestimmung und eine globale Rolle zwar weiter reklamieren, aber nicht erreichen.

Antiamerikanismus ist dumm. Darüber hinaus: Gerade wer aus Berlin und der europäischen Mitte seine Sicht zum Spannungsfeld zwischen Amerika und Russland formuliert, kann gar nicht vergessen, was wir Amerika verdanken. Doch so wie ein Volljähriger, der sich emanzipiert, nicht zum Feind seiner Eltern wird, hat Europa die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, nicht gegen Amerika, aber eben eigenständig.

Dafür ist Frankreich zum wichtigsten Partner Deutschlands geworden. Genauer: Die mögliche Selbstbestimmung Europas hängt davon ab, ob diese beiden Länder ihre Interessen zu gemeinsamer außenpolitischer Handlungsfähigkeit bündeln und dann vereinen können. Keine Regel der EU verbietet das. Wenn die Lenker der beiden Wagen, die heute zum Teil auf unterschiedlichen Wegen fahren, sich auf ein Doppelgespann verständigen, wird daraus bald ein Vierer- oder Sechser-Zug werden. Es ist nicht zu empfehlen, auf eine Troika zu warten, also darauf, ob Großbritannien sich Amerika oder Europa näher fühlt oder wann der Dauerspagat zu schmerzhaft wird.

Das deutsch-französische Gespann würde nicht einmal entbehrlich, wenn in drei oder fünf Jahren die EU vertieft und erweitert ist; denn damit wird nicht automatisch die Richtung, der politische Inhalt der politischen Handlungsfähigkeit geschaffen. Das geht nicht ohne Paris und Berlin. Je schneller es gelingt, umso besser für Europa, sogar für den Prozess der Vertiefung und Erweiterung oder die Diskussion über unterschiedliche Geschwindigkeiten und Dichte, die es ohnehin gibt. Alles wird leichter, wenn die beiden Länder wissen, wohin sie gemeinsam wollen, durchbuchstabieren, was sie für ein handlungsfähiges Europa in einer multipolaren Welt erreichen wollen und beiderseits bisherige Prioritäten diesem Ziel unterordnen.

Damit wird auch der Standort der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik überschaubar. Es gibt kein vitales außen- und sicherheitspolitisches Interesse Europas, das dem deutschen widerspricht. Dies bedeutet, die deutschen Interessen können europäisch definiert werden. Für die vorhersehbare Zukunft wird deutsche Politik zuverlässig berechenbar.

Was das Gewicht des vereinten Deutschland angeht, so ist Sorge deshalb nicht mehr zu spüren, weder vor einer wirtschaftlichen Dominanz, nachdem die DM im Euro aufgeht, noch vor einer militärischen Bedrohung, nachdem die Bundeswehr NATO-gebunden ist. Die Frage der letzten einhundert Jahre, wie die unheimliche Kraft dieser Deutschen beherrschbar wird, existiert nicht mehr. Es mutet fast komisch und antiquiert an, wenn Kissinger noch 1994 eine amerikanische Aufgabe darin sah, Frankreich und Großbritannien zu unterstützen, ein Gegengewicht zu Deutschland aufzubauen, um seine Macht einzuhegen und auszubalancieren. Nur im Blick auf das letzte Jahrhundert ist noch die Gefahr erkennbar, dass eine deutsch-russische Fixierung aufeinander die Furcht vor einem Kondominium schüren oder ein Streit zwischen ihnen Europa in eskalierende Krisen verwickeln würde. Das ist versunkene Vergan-

genheit. Gegenwart und Zukunft werden darüber entscheiden, ob und wie Europa Handlungsfähigkeit in dem Spannungsfeld zwischen Amerika und Russland gewinnt.

VIII. Das deutsche Gewicht — Europa hat die Deutsche Einheit ›verdaut‹. Das beweist nicht zuletzt die bemerkenswerte Tatsache, dass die Bundeswehrreform kein Thema ist, das irgendeinen Nachbarn beunruhigt. Wie wir unser Bedürfnis definieren, was Stärke und Fähigkeiten und Aufgaben angeht, ist hierzulande nicht entschieden. Im Ausland würde niemand nervös werden, wenn Berlin zu dem Ergebnis käme: So klein, so gefährdet und so souverän sind wir nicht wie Schweden, das seine Streitkräfte halbiert, die Landstreitkräfte um zwei Drittel, um die Luftwaffe in voller Stärke zu erhalten und die notwendige Modernisierung auf zehn Jahre zu planen. Das entspricht der Bedrohungsanalyse eines EU-Landes, das nicht Mitglied der NATO ist und durch diese Reform nichts an Sicherheit verlieren wird.

Ob Berlin die Bundeswehr reformiert, angepasst an NATO-Perspektiven oder an Aufgaben der europäischen Sicherheitsunion, in Tuchfühlung an Washington oder an Paris, das wird politisch viel interessanter sein als militärisch.

Die gewachsene Verantwortung Deutschlands definiert sich in seinem politischen Einfluss in Europa: Stark genug, um Entscheidungen gegen seinen Willen unmöglich zu machen, und zu schwach, um seinen Willen aufzwingen zu können, wenn es dafür keine ausreichende Unterstützung gewinnt. Beispiele für beides hat der Krieg gegen Jugoslawien gegeben. *Zum einen*: Die deutsche Entscheidung, keine Bodentruppen zur Verfügung zu stellen, ohne Furcht vor einem Alleingang getroffen, aber klugerweise nicht plakativ verkündet, war praktisch veto-ähnlich. *Zum anderen*: Allein die deutsche Regierung hatte den Mut, ungeachtet der beschlossenen Bündnisstrategie, die auf die Kapitulation von Belgrad ausgerichtet war, einen Fünf-Punkte-Plan vorzuschlagen, der Russland wieder ins Boot holte, von China akzeptiert wurde, ein Mandat der UN dafür erreichte und ein verhandeltes Ende des Krieges brachte. Amerika ist, warum auch immer, der Durchsetzung der europäischen Methode von Diplomatie und Gewaltverzicht nicht in den Arm gefallen.

Der europäische Weg kann durchgesetzt werden, mal unter deutscher oder französischer oder polnischer oder britischer oder tschechischer Führung. Aber jedenfalls ist Deutschland frei und unbelastet genug, europäischen Interessen zu folgen. Ob es dazu mutig und klug oder selbstbewusst und geschickt genug fähig bleibt, wird spannend zu beobachten sein.

Theo Sommer: Unverkennbar ist, dass sich die Verhältnisse des Kalten Krieges völlig aufgelöst haben und dass wir nun in einer ganz anderen Welt leben, die allerdings schwerlich schon mit einem neuen, passenden Etikett zu versehen ist. Wir leben in einer Zeit des Übergangs, und damit ist der erste Punkt Egon Bahrs angesprochen: Der Regent dieses Interregnums ist ganz unbestreitbar Amerika. Amerika zeigt sich nicht nur so, sondern ist die einzig übriggebliebene Supermacht. Es hat eine Machtfülle auf sich vereint, die weniger mit der des britischen Empire im 19. Jahrhundert verglichen werden kann, als vielmehr an das vier-, fünfhundert Jahre überdauernde Römische Weltreich erinnert – eine Fülle an Macht, sowohl *soft power* in ökonomischer, technologischer, kultureller, sprachlicher Hinsicht, als auch *fight power*. Das militärische Element versuchen die Amerikaner im Moment wieder zu stärken. Es ist ein Aufrüstungs-*effort* im Gange wie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr.

Dieser ›unipolare Moment‹, der weltgeschichtliche Augenblick, in dem es nur einen einzigen Machtpol auf der ganzen Erde gibt, ist vor dem Hintergrund aller geschichtlichen Erfahrung zu sehen und zu deuten. Es gibt auch andere Mächte, die Ehrgeiz entwickeln und Koalitionen bilden. Heute sind es sieben oder acht Mächte mit weltweiten Einfluss wie Frankreich, England, Deutschland, Russland, China, Japan, übermorgen vielleicht Indien. Dann gibt es zwanzig, dreißig Regionalmächte, ebenfalls mit Ehrgeiz. Am Ende des Zweiten Weltkriegs gab es 54 Staaten, heute bereits 189 UNO-Mitgliedstaaten. Die amerikanische Hegemonie wird nicht für ewig sein, auch weil der eingefleischte Hang der Amerikaner zum Isolationismus diese Versuchung zur Hegemonialpolitik konterkariert. Europa ist für Amerika – das sieht Egon Bahr absolut richtig – die größte Herausforderung. Wir bleiben zwar Partner, haben auch weiterhin allen Anlass, den Amerikanern dankbar zu sein. Wir hätten den Kalten Krieg, wir hätten auch Bahrs Politik nicht zum Erfolg führen können ohne den Rückhalt der Amerikaner. Jetzt allerdings, wo die disziplinierende Wirkung des Ost-West-Konflikts weggefallen ist, werden die Reibungsflächen deutlich wie z.B. in der Diskussion über die Todesstrafe, über das Hormon-*beef*, die EU-Bananen oder geräuschkämpfende Geräte für alte Boeing-Flugzeuge usw.

Europa müsste hier eine Rolle wie die Griechen gegenüber den Römern spielen, müsste Amerikas ›scharfe Kanten‹ abschleifen, abmildern, sollte bemüht sein, die Amerikaner einzubinden und sie aus ihrer Versuchung zur Arroganz der Macht herauszuholen. Weniger pessimistisch als Egon Bahr meine ich, dass die Amerikaner bereits Wirkung zeigen, dass z.B. eine enorme Debatte über die Todesstrafe in Gang gekommen ist. Und es wird dort auch sehr engagiert über die nationale Raketenabwehr debattiert.

Europa ist nicht ohne Einfluss und kann den Amerikanern in jeder Hinsicht, besonders auch wirtschaftlich, Paroli bieten. Ich glaube, das gilt auch

politisch und strategisch. Wenn Henry Kissinger auch kritisierte, Europa habe keinen Telefonanschluss, so klagte er doch: »Jetzt verbünden sie sich gegen mich!«, wenn die Europäer ihm gelegentlich gemeinsam gegenübertraten. Und das ist die amerikanische Haltung bis heute! Die Amerikaner werden sich damit abfinden müssen, dass Europa stärker wird. Der Kosovo-Krieg hat hier einen Schock ausgelöst, und daraus werden jetzt Konsequenzen gezogen.

Wird es künftig neue Kriege geben? Seit Ende des Kalten Krieges hat die Welt schon etwa 120 ›heiße‹ Kriege größeren und kleineren Umfangs erlebt. Und nun bietet Egon Bahr erneut den Schlüsselbegriff seiner früheren Entspannungspolitik an: *Gewaltverzicht*.

Ob aber auf dem Balkan wirklich die größte Gefahr darin besteht, dass Staaten gegen Staaten Gewalt einsetzen? Beobachten wir dort nicht vielmehr Abspaltungerscheinungen von Völkern und Stämmen bzw. die Begründung secessionistischer Bewegungen und Versuche, sich mit Waffengewalt die Unabhängigkeit zu erkämpfen, wie die UČK im Kosovo das versucht hat? Kann ein Gewaltverzicht bei diesen Akteuren ein ähnlich sinnvolles Instrument sein, wie er es zwischen den Staaten zu Zeiten der Entspannungspolitik war?

Es gibt eine internationale Diskussion über das ›Westfälische Zeitalter‹, die *Westphalian Order*, die ›Westfälische Ordnung‹, die zu Ende gegangen sei. Diese Ordnung beruhte auf der wechselseitigen Anerkennung der Souveränität der Staaten und einem damit verbundenen Nichteinmischungsgebot. Letzteres wird in der heutigen Diskussion mit Bezug auf eine veränderte Völkerrechtsauffassung kritisiert. Man sagt nun, Menschenrecht gehe *vor* Völkerrecht, d.h. vor Beachtung der Nichteinmischungsregel. Dann wären Kriege möglich, die nicht aus niederen Interessen geführt würden, sondern aus Gewissensgründen. Die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg kam zum guten Teil, so glaube ich, aufgrund einer solchen Gewissensregung zu Stande. Man wollte, wie Außenminister *Fischer* sagte, kein neues ›Auschwitz‹ oder ›Srebrenica‹. Meine Frage also: Wenn Europa künftig seine Verantwortung wahrnehmen will, ist dann das Instrument des Gewaltverzichts wirksam? Falls aber andere Mittel einzusetzen wären: Müssten wir uns dann nicht hüten vor einem ›Menschenrechtsimperialismus‹?

Egon Bahr: Mir lag daran, deutlich zu machen, dass das Weltgeschehen weiterhin nach ökonomischen und Machtinteressen voranschreitet und entschieden wird. Und insofern *Richard von Weizsäcker* aus gutem Grund von der »Macht-versessenheit des ›Dritten Reiches‹« gesprochen hat, die von einer Machtvergessenheit der (alten) Bundesrepublik abgelöst worden ist, müssen wir, nachdem wir nun wirklich souverän, also letztverantwortlich für unser Schicksal geworden sind, zur Normalität finden, also zum Bewusstsein, dass wir unsere Interessen selbst entscheiden. Wir müssen also auch über Macht-

fragen und über -gewichtungen sprechen. Wir können uns nicht mehr hinter anderen – großen Brüdern, kleinen Brüdern – verstecken, sondern müssen selbst entscheiden. Das ist das eine.

Zweitens: Ich gehe davon aus, dass Amerika die einzige Supermacht bleiben will. Es ist die erste globale *Supermacht* der Welt, denn niemals gab es eine Macht, die genügend militärische Gewalt an *jedem* Punkt des Globus konzentrieren konnte. Das konnten weder die Römer, noch die Engländer oder die Chinesen. Dass die Amerikaner diese Supermacht bleiben wollen, ist verständlich; dass sie es ewig blieben, wäre aber gegen alle geschichtliche Erfahrung.

Theo Sommer: Wie lange, denken Sie, hält der Status noch? 20, 30, 40 Jahre?

Egon Bahr: Ich könnte mit vorstellen: 50 bis 60 Jahre, wenn es schnell geht. Dreißig Jahre lang – von 1970 bis zum Jahre 2000 – redete Europa davon, mit einer Stimme sprechen, handlungsfähig werden zu wollen. Was sollte Amerikas Dominanz beeinträchtigen, wenn die Europäer nun weitere zehn Jahre nur schwätzten? Jetzt aber, nach der Erfahrung des Kosovokriegs, mehren sich die Stimmen, die ernsthaft Veränderungen im Verhältnis zu Amerika fordern, damit Europa eben kein Protektorat bleiben möge. Uns ist es unter dem amerikanischen Protektorat nicht schlecht gegangen. Und es würde Europa nicht schlechter gehen, wenn es bliebe, was es ist. Das aber würde ich bedauern, denn ich fühle mich mehr als Europäer denn als Amerikaner. Ich bewundere sie, sehe aber die Unterschiede. Ich habe mal gesagt, ich finde Amerika fabelhaft, aber ich möchte nicht dort begraben sein.

Amerika ist Geld, Macht und *efficiency*, während Europa neben dem Markt den *Menschen* gelten lässt, der nicht durch die Netze fallen darf, wenn er ohne sein Verschulden in eine schwierige Lage gerät.

Ich weiß, es wird auch weiterhin Kriege geben. Deshalb sollten die Europäer sich auf das beschränken, was sie leisten können und wo sie nach eigener Entscheidung zuständig sind, nämlich in Europa. Es gilt, zunächst Kriege zwischen Staaten in Europa unmöglich zu machen, was die KSZE-Akte von Helsinki und die Charta von Paris als Ziel lange schon fixiert haben. Nun geht es um das Erreichen dieses Ziels und um die Frage, ob ein Gewaltverzicht das leisten kann. Ich glaube, ja! Der sogenannte »Stabilitätspakt« für den Balkan kann es jedenfalls nicht leisten.

Theo Sommer: Könnte dieser Stabilitätspakt nicht seinen Zweck erfüllen, wenn die versprochenen Finanzmittel ihr Ziel erreichten?

Egon Bahr: Seit mehr als einem Jahr sehen wir, dass die Wirtschaft gar nicht daran denkt, dort zu investieren. Schließlich investiert niemand in ein insta-

biles Gebiet. Und die Zergliederung von Serbien wird sich noch fortsetzen. Auch in Bulgarien und Rumänien und anderen Ländern nimmt die Not weiter zu. In einer solchen Region investiert man doch nicht.

Ich glaube, dass die Stabilität auf dem Balkan davon abhängt, dass man dem ›Grundgesetz der europäischen Stabilität‹ folgt, nämlich einen *Vertrag* macht. Der muss besagen, dass die bestehenden Grenzen – egal, wer sie zog und wann – unter das Gebot gestellt werden, nicht mit Gewalt, sondern nur in gegenseitigem Einvernehmen geändert werden zu können. Dieser von allen in Frage kommenden Staaten zu unterzeichnende Vertrag *muss* mit einer militärischen Drohung gegen jeden Verstoß versehen werden. Erst dann wird der wirtschaftliche Aufschwung beginnen können, weil selbst Herr *Milošević* es nicht wagen könnte, dagegen vorzugehen und neue Kriege anzuzetteln.

Das bedeutet natürlich, bereit zu sein, einen solchen Vertrag auch mit Milošević zu schließen, wie es 1975 in Helsinki nötig war, die DDR am Tisch zu haben, um über europäischen Frieden zu reden. Es ist unmöglich, ohne Serbien auf dem Balkan Stabilität zu erreichen. Selbst die KFOR brauchte die Zustimmung von Milošević, der den Befehl zum Abzug der jugoslawischen Streitkräfte einschließlich der Miliz aus dem heutigen Protektorat Kosovo gab. Wer in Serbien regiert, das bestimmen die Serben. Und alle Unterstützung der Opposition hat sich bislang leider nicht als wirksam erwiesen.

Theo Sommer: Die serbische Opposition ist nicht viel weniger nationalistisch in Bezug auf das Albanerproblem als Milošević, soweit wir wissen.

Wie ist aber diese Bestandsgarantie für die Grenzen, die Egon Bahr geben möchte, zu handhaben, wenn etwa die UČK verlangt, das das Kosovo nicht in den serbischen Verband zurückgezwungen werde?

Egon Bahr: Wir können doch nicht Abenteuerer darüber bestimmen lassen, wie die europäische Stabilität aussehen soll. Eine kommende europäische Armee würde allen Ländern Sicherheit geben, egal, ob es Mitglied der EU oder der NATO ist oder nicht. Jedes Land kann hier Mitglied werden – selbstverständlich auch Albanien –, unter der Bedingung, dass die Verträge und die Verpflichtungen übernommen werden. Das gilt dann auch für Serbien, entweder mit Milošević oder ohne ihn. Wir haben in Zeiten des Kalten Krieges diese Erfahrung gemacht: »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts«, wie *Willy Brandt* es formuliert hat. Wir müssen Frieden auch mit dem Gegner machen!

Theo Sommer: Ihr Rezept für den Balkan ist also das ›afrikanische Konzept‹: ›Um Gottes Willen nicht die Grenzen antasten, und seien sie auch noch so ungerecht‹. – Sollte man nicht den Mut haben zu sagen, dass den Albanern 1912, als aus den Überresten des Osmanischen Reiches das jetzige Albanien

›zusammengeschustert‹ wurde, Unrecht geschehen ist und durchaus ein neues ›Großalbanien‹ seine Berechtigung hätte?

Egon Bahr: Wenn einmal begonnen wird, das Prinzip der Grenzen zu verändern, hört es auf dem Balkan nicht mehr auf. Dann wollen andere ein ›Großkroatien‹ und wieder andere ihr ›Großserbien‹, und dann haben wir den nächsten Krieg!

Zum Stichwort ›Menschenrechtsimperialismus‹: Ich könnte viele Beispiele dafür geben, mit welcher Heuchelei man die Menschenrechte benutzt hat, um auf den Gegner im Kalten Krieg einzuschlagen – etwa den Versuch, den russischen Atomphysiker *Sacharow* wenigstens aus der Verbannung herauszuholen. Aus Russland hätten wir den ›Vater der russischen Wasserstoffbombe‹ als Geheimnisträger sicher nie herausbekommen. Dann wollte sich Präsident *Carter* der Sache annehmen und prangerte die Russen international – ohne jegliche Erleichterung für Sacharow zu erreichen – wegen Menschenrechtsverletzungen an. Eine andere Erinnerung: Wir forderten, solange der Warschauer Pakt die Grenzen dichthielt, die Bewegungsfreiheit für die Menschen im Osten, *freedom of movement*, als Menschenrecht. Als aber die Grenzen offen waren und die Menschen diese Freiheit der Bewegung in Anspruch nahmen, bekam der Westen Angst. Also: Der Einsatz für die Menschenrechte war nicht ohne Heuchelei.

Seit dem Westfälischen Frieden von 1648 ist das Völkerrecht an die Staaten gebunden. Heute gilt unter den Vereinten Nationen ein Staatenrecht. Die Menschenrechte sind mit der Charta der Vereinten Nationen deutlich unterhalb des Staatenrechts angesiedelt. Es wäre inakzeptabel, wenn derjenige, der die Macht hat, darüber bestimmte, wann das Menschenrecht Grund genug ist, um einzugreifen. Das existierende Völker- oder Staatenrecht unterliegt dem UN-Sicherheitsrat und seinen Entscheidungen. Es gibt zwar Versuche, zu definieren, wann Menschenrecht dem Staatenrecht gleichrangig ist bzw. unter welchen Voraussetzungen das Menschenrecht dem Staatenrecht überzuordnen ist. Bisher aber sind diese Diskussionen nicht zu einem Ergebnis gekommen. Das wird noch ein langer Prozess werden, der hoffentlich nicht so lange dauert, bis die gültige Charta durch eine neue abgelöst sein wird, in der das Staatenrecht, d.h. die Entscheidungen des Sicherheitsrats, ergänzt oder abgelöst wird durch das Menschenrecht, über das andere befinden.

Theo Sommer: Wenn überall, wo Menschenrechte verletzt sind, militärisch eingegriffen werden sollte, so führte das zu einem ›Menschenrechts-Imperialismus‹, der alle Staaten überforderte. Allerdings betreffen uns eben Menschenrechtsverletzungen in unserer Nähe mehr als irgendwo in der Ferne, auch weil wir z. B. befürchten müssen, wieder viele Flüchtlinge aufnehmen zu müssen. Das Grundprinzip der Verträge des Westfälischen Friedens – die

Nichteinmischung als oberster Grundsatz, das staatliche Souveränitätsprinzip, die Geltung des Staatenrechts vor dem Individualrecht – wird in der internationalen Gelehrtdiskussion jetzt anders gesehen, ohne dass Einigkeit über ein Interventionsrecht oder sogar eine Interventionspflicht bestünde. Sicher muss auch gefragt werden, wer das eigentlich durchsetzen soll, wer es bezahlen soll.

Mich würde interessieren, wo Egon Bahr Eventualfälle für ein Eingreifen in Europa sieht. In Tschetschenien? In Südostanatolien? Irgendwo in der Kaukasus-Zone? Aber was ist z.B., wenn die Rumänen ihre zwei Millionen zählende ungarische Minderheit bedrängten? Meine Formel wäre, in und um Europa an der Peripherie ist ein militärisches Eingreifen Europas denkbar, darüber hinaus nicht! Bei der Feier zum fünfzigsten Bestehen der NATO wurde in Washington eine Deklaration verabschiedet, die den euroatlantischen Raum als Interventionsraum definiert. Also, wir werden sicher nicht in dem Sinne global ›Weltpolizist‹ spielen wollen, wie die Amerikaner sich das vorbehalten.

Egon Bahr: In ihrer Praxis sind sie vorsichtiger geworden. Wo es ihren Interessen entspricht, werden sie es allein machen. Wo es ihren Interessen nicht entspricht, werden sie es nicht machen und großzügig sein. So wird das weiter gehen. Nach meiner Ansicht wird sich Deutschland und/oder Europa an Aktionen außerhalb Europas nur beteiligen, wenn die Vereinten Nationen mit einem Beschluss des Sicherheitsrats es beschließen und von uns verlangen. Dann werden immer noch wir zu entscheiden haben, ob wir das für richtig halten und wie stark, wie lang, mit welchen Zielen interveniert werden soll.

Publikum: Ich habe einen grundlegenden Einwand zu der These, dass ein Frieden auf dem Balkan nur unter Einbeziehung des früheren Gegners *Milošević* erreicht werden könne, sowie zu der Behauptung, dass man auch mit *Breschnew* und *Honecker* verhandeln musste, um zum Erfolg zu kommen. Man muss unterscheiden: Auch wenn *Breschnew* und *Honecker* sicherlich Unrecht getan haben, meine ich, dass *Milošević* eine andere Dimension von Verbrechen zu verantworten hat, und das einzige Gremium vor dem er noch erscheinen kann, ist das Haager Kriegsverbrechertribunal!

Egon Bahr: Sicher kann man *Milošević* und *Honecker* nicht vergleichen. Man kann aber sagen, dass *Stalin* sehr viel Schlimmeres getan hat als *Milošević* und sehr viel mehr Tote auf dem Gewissen hat. Selbstverständlich hat man ihn aber als Vertragspartner gebraucht und gar nicht entbehren können. Wer die Waffen hat und die Geographie beherrscht und unentbehrlich ist zum Ja-Sagen zu Stabilität und Truppenabzug, mit dem muss ich reden!